

Grüne fordern: Keine Sportler mehr in Armeeuniform

Die Schweizer Sportsoldaten gewinnen eine Olympiamedaille nach der anderen. Nun wollen die Grünen die Spitzensport-RS abschaffen

Ladina Triaca

Wer sich durch die Website der Armee klickt, hat den Eindruck, im Sporthimmel gelandet zu sein. Simon Ammann, Dario Cologna oder Jolanda Neff lächeln einem als Botschafter entgegen. Sie alle haben die Spitzensport-Rekrutenschule absolviert. Und sie sind nicht die Einzigen. Bei den Olympischen Spielen in Peking gewannen Sportsoldatinnen und -soldaten sieben von fünfzehn Schweizer Medaillen.

Lanciert hat die Spitzensportförderung der Armee Bundesrat Adolf Ogi um die Jahrtausendwende. Sie umfasst heute die Spitzensport-RS, die Spitzensport-Wiederholungskurse und die Zeitmilitärs - das sind jene 18 Athleten, die zu 50 Prozent bei der Armee angestellt sind.

Sportministerin Viola Amherd will das System weiter ausbauen: Seit 2020 wird die Zahl der Spitzensportrekruten schrittweise von 70 auf 140 verdoppelt. Und auch die Frauenförderung läuft. In diesem Jahr ist jeder dritte Platz in der Spitzensport-RS von einer Frau besetzt.

Neff ist skeptisch

Doch jetzt gerät das System unter Druck: Die Grünen wollen die Armee bei der Spitzensportförderung entmachten. Fraktionschefin Aline Trede sagt: «Armee und Spitzensport haben nichts miteinander zu tun. Ich verstehe nicht, weshalb man das vermischen.» Die Nationalrätin betont, dass die Grünen nicht die Spitzensportförderung angreifen wollten. Im Gegenteil. «Wir wollen, dass mehr Geld in die Spitzensportförderung fliesst - aber nicht im Rahmen der Armee.»

Konkret schlägt Trede vor, die Förderung der Athletinnen und Athleten von der Armee abzukoppeln und beim Bundesamt für Sport anzugliedern. «Dann wären sie Spitzensportler des Bundes und nicht mehr Soldaten.» Und die Frauen müssten nicht mehr in die Armee, um sportlich gefördert zu werden.



«Die RS war der Startschuss für meine Karriere», sagt Mountainbikerin Jolanda Neff. (Maggingen, 2013)

Unterstützung erhalten die Grünen von prominenter Seite. Radprofi Marlen Reusser sagt, sie könne die Forderung nachvollziehen. «Mir scheint die Spitzensportförderung in der Armee fehl am Platz zu sein.» Sie fände eine Trennung von Spitzensport und Armee gut - sofern die Förderung dadurch nicht abnehmen würde. Für Reusser - die früher bei den Grünen politisierte - kam ein Eintritt in die Armee nie infrage. Denn als ihre Karriere in Fahrt kam, war sie bereits zu alt für die Rekrutenschule.

Und so war sie im vergangenen September denn auch die einzige Olympiamedaille-Gewinnerin, die Bundesrätin Amherd beim Empfang in einem ehemaligen Berner Nobelhotel in Freizeitkleidung begegnete. Die drei Mountainbikerinnen Jolanda Neff, Sina Frei und Linda Indergand erschienen nach ihren Erfolgen in Tokio alle in Armeeuniform. «Für uns ist es ganz normal, das Tenü

zu tragen», sagt Jolanda Neff am Telefon. Sie weilt gerade in Kanada. Bis zum nächsten Rennen dauert es nur noch einige Stunden.

Neff war als Zeitsoldatin bei der Armee angestellt, zuvor hatte sie die Spitzensport-RS durchlaufen. Sie sagt: «Die RS war der Startschuss für meine Karriere.» Als sie sich vor zehn Jahren zwischen Sport und Studium habe entscheiden müssen, habe sie wegen der RS auf den Sport gesetzt. «Das war ganz, ganz entscheidend für mich.» Den Vorschlag der Grünen beurteilt sie skeptisch. «Die Grünen können gerne ein zweites Fördergefäss aufbauen», sagt sie. «Aber sie sollen bitte nicht jenes abschaffen, das heute gut funktioniert.»

Von der Armee profitiert hat auch Linda Indergand. Die Mountainbikerin war acht Jahre lang Zeitmilitär. In dieser Phase bezahlte ihr die Armee einen Lohn - dieser beträgt in der Regel rund

Im Kriegsfall hätten die Sportsoldaten keine bestimmte Funktion.

2500 Franken pro Monat - und übernahm ihre Versicherungen. Das sei für sie besonders wichtig gewesen, als ihr Radteam ihr ein Jahr lang keinen Lohn habe bezahlen können. «Ich wusste immer, dass ich mich auf die Armee verlassen kann», sagt Indergand.

In der RS wird trainiert

Die Spitzensportler gehören nicht zum offiziellen Bestand der Armee. Neben der militärischen Grundausbildung können sie die Rekrutenschule vor allem für das Training nutzen. Und die bis zu 130 WK-Tage sind in erster Linie für Trainingslager und Wettkämpfe gedacht. «In der Spitzensportförderung fokussieren wir uns auf den Spitzensport», sagt der Kommandant des Kompetenzzentrums Sport der Armee, Marco Mudry. Die Erwartung an die Sportler: «Sie sollen Medaillen gewinnen und Vorbilder sein für die ganze Schweiz.»

Bei den Grünen versteht man den Sinn dahinter nicht. «Die Athletinnen und Athleten haben praktisch keine militärische Ausbildung mehr - und trotzdem schreibt sich die Armee ihre Erfolge auf die Fahne», sagt Aline Trede. Die grüne Fraktion wird im September ein neues Sportpapier beraten. Danach dürften die Forderungen als Vorstösse ins Parlament gelangen. Dort sind die Sympathien allerdings gering - sowohl rechts wie auch links.

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen sagt, er fände es «jammerschade», wenn die Spitzensportförderung der Armee abgeschafft würde. Vor allem die dienstpflichtigen Männer stünden dann vor einem Problem. «Ich kann aus eigener Erfahrung sagen: In der gewöhnlichen RS haben sie keine Zeit, um täglich zu trainieren.»

Und selbst bei der SP ist man skeptisch. Nationalrat Matthias Aebischer sagt, in seiner Jugend habe die Schweiz sehr viel weniger international erfolgreiche Sportler gehabt. Das sei heute anders - auch dank der Spitzensportförderung der Armee.

In Kürze

Demo in Herisau aufgelöst

Am Samstag ist es in Herisau (AR) zu einer unbewilligten Demonstration gekommen. Rund 140 Personen demonstrierten gegen eine angebliche «WHO-Plandiktatur» und machten sich für die Neutralität der Schweiz stark. Auf Bildern auf Twitter sind auch Trychler zu erkennen. Wie die Kantonspolizei mitteilt, waren im Vorfeld von vereinzelt Bürgern Hinweise eingegangen. Sie war darum mit einem grösseren Aufgebot präsent. Sie habe auf Dialog gesetzt und Personalien erhoben, bevor sie die Demo auflöste. (zzs.)

Brand in der Zürcher Langstrasse

In der Nacht auf Samstag brach in einem Wohn- und Gewerbehau im Zürcher Langstrassenquartier ein Feuer aus. Beim Eintreffen der Einsatzkräfte seien die Flammen meterhoch aus dem Erdgeschoss geschlagen, schreibt die Rettungsorganisation Schutz und Rettung Zürich. Elf Bewohner meldeten sich bei der Sanität mit Atembeschwerden. Sie wurden auf Rauchgasvergiftung untersucht. Hospitalisiert werden musste niemand. Die Brandursache ist noch unklar. (zzs.)

Brand in neuem Bahnhof

In der Unterführung des neuen Bahnhofs von Bulle brach am Freitagabend ein Feuer aus. Die Feuerwehrleute konnten den Brand laut der Kantonspolizei Freiburg schnell eindämmen. Mehrere Schaufenster wurden beschädigt. Wie es zum Brand kam, wird derzeit untersucht. (zzs.)

Raser muss Ausweis abgeben

Die Kantonspolizei Thurgau hat am Freitag in Rothenhausen einen Raser gestoppt, der mit 147 km/h unterwegs war. Erlaubt gewesen wären 80 km/h. Der 29-jährige Fahrer musste seinen Führerausweis abgeben. (zzs.)

Classe politique

Pirmin Bischof, Generationenpolitiker, hat sich für seine nahenden Pensionsjahre ein ganz besonderes Projekt ausgesucht. Der 63-jährige Ständerat aus Solothurn wurde vor kurzem zum dritten Mal Vater, wie er gegenüber Tele M1 diese Woche bestätigte. Wie der frischgebackene Politikerpapa Amt und Familie unter einen Hut bringen wird - immerhin ist der Anwalt auch Präsident der Ausenpolitischen Kommission -, ist noch nicht bekannt. Ob sich Bischof 2023 noch einmal zur Wahl in den Ständerat stellen wird, ist jedenfalls noch offen. Dagegen spricht seine neueste Motion, die er Mitte Juni einreichte: Darin fordert Bischof, die AHV-Renten sofort der Teuerung anzupassen. Inoffizieller Projektname: «Bischofs Windel-Zustupf».

Ignazio Cassis, Social-Media-Opfer, hat es derzeit nicht leicht. Die Operation Libero schliesst mit einer Reihe von Internet-



Pirmin Bischof

Ignazio Cassis

Memes gegen den Bundespräsidenten. Cassis sei ein Zauderer und schuld daran, dass es im EU-Dossier nicht vorwärtsgehe. Da kam ihm seine Reise an die Atomwaffenkonferenz ins ferne New York wohl gerade recht. Doch auch dort musste sich Cassis erklären. Weshalb hat die Schweiz den Atomwaffenverbot unterzeichnet? Man «beobachte» noch dessen Entwicklung, so Cassis. Das hat nun aber nichts mit dem Zaudern des Bundespräsidenten zu tun - es ist seit der Pandemie schlicht die Krisenstrategie des Gesamtbundesrats.

Gratis-Loge für Politiker

Im Zürcher Opernhaus zahlt man für ein Ticket rasch um die 200 Franken. Ganz anders die kantonalen Amtsträger.

Ladina Triaca

Es ist gerade still im Zürcher Opernhaus. Bis Ende August herrscht am Sechseläutenplatz Sommerpause. Dann geht es fulminant wieder los - zum Beispiel mit «Nabucco», der Oper von Giuseppe Verdi. Ein Platz mit Sicht auf die Bühne kostet zwischen 100 und 200 Franken.

Doch nicht für alle Gäste. Im Opernhaus gibt es eine Loge, die speziell für Zürcher Politikerinnen und Politiker reserviert ist. Sie liegt direkt über dem Orchester. Kantonsräte und Regierungsräte können von hier aus die Vorstellungen gratis verfolgen.

Es handle sich um eine Hausregelung, die das Opernhaus Zürich festgelegt habe, schreibt die Pressesprecherin auf Anfrage. Der Grund: Der Kanton Zürich subventioniert das Opernhaus

jährlich mit rund 80 Millionen Franken - so viel Geld fliesst an keine andere Kulturinstitution.

Die meisten Parlamentarier wissen nichts von ihrem Privileg. Darauf angesprochen, lehnen sie die Gratis-Loge aber ab. FDP-Kulturpolitikerin Sonja Rueff-Frenkel sagt: «Das widerspricht meinem Gerechtigkeitsempfinden. Es sind schliesslich die Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Steuern das Geld für das Opernhaus bezahlen. Wir Politikerinnen und Politiker genehmigen das Budget ja bloss.»

Ähnlich klingt es beim Zürcher SVP-Fraktionschef Martin Hübscher. Er findet die Gratis-Loge daneben: «Es kann nicht sein, dass wir gegenüber der übrigen Bevölkerung bevorteilt werden. Die meisten von uns haben schliesslich an sich schon einen besseren Lohn als der Durchschnittsbürger.»

SP-Co-Fraktionschef Tobias Langenegger stört sich weniger am Privileg. «Ich halte das nicht für einen Skandal», sagt er. «Viel

schwieriger finde ich, wenn Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die sich für nichts interessieren und das Opernhaus nie besuchen, dann einfach ohne Informationen darüber Budget-Kürzungsanträge stellen.»

Die Parkett-Loge über dem Orchester ist kaum je voll besetzt mit Politikern. Aber sie steht auch nicht leer. Denn wenn die Plätze nicht genutzt werden, gibt sie das Opernhaus an andere Besucher weiter. FDP-Nationalrätin und Verwaltungsratsmitglied des Opernhauses Regine Sauter sieht denn auch kein Problem in der Loge. Sie sagt: «Wir finden es wichtig und freuen uns, wenn das Interesse der Kantonsparlamentarierinnen und -parlamentarier über das Budget hinausgeht und sie Vorstellungen im Opernhaus besuchen.»

Noch weiter geht die Zürcher Regierung. Es werde als «durchaus adäquat» erachtet, wenn Regierungsmitglieder sporadisch Vorstellungen des mit Abstand grössten Kulturengagements des

Kantons besuchen, schreibt Regierungssprecher Andreas Melchior. «Das hat auch mit Respekt und Wertschätzung gegenüber dem Opernhaus zu tun.»

Welche Regierungsräte wie oft Vorstellungen im Opernhaus besuchen und ob die Zürcher Kulturministerin Jacqueline Fehr als Mitglied des Verwaltungsrates besonders oft in der Loge anzugetroffen ist, will Regierungssprecher Melchior nicht sagen. Man erteile keine Auskünfte zur Freizeitgestaltung von Regierungsmitgliedern, schreibt er.

Das Opernhaus sei allerdings ein Spezialfall, was die Finanzierung des Kantons angehe. Ihm seien keine ähnlichen Vergünstigungen bekannt. Auch in anderen Kantonen sind permanente Gratiseintritte für Politiker nicht üblich. Einzelne Ausnahmen finden sich in Luzern und Zug: Die Luzerner Regierungsräte können eine Jahreskarte für das Verkehrshaus beziehen. Und in Zug dürfen sie das ganze Jahr über kostenlos ins Kunsthau.